

Marie a Club de De par Senond

AMBASSADE DE SUISSE EN IRLANDE

DUBLIN 4, 6, Ailesbury Road den 28. August 1969

Réf.: 381.0 - deK/es

La

VERTRAULICH

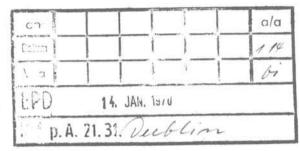
Herr Bundesrat W. S p ü h l e r Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes

3003 Bern

Politischer Bericht No. 9

Die Unruhen in Nordirland (v. 20. bis 28. August)

Herr Bundesrat,



Ueber meine gestrige Unterredung mit dem irischen Aussenminister Dr. Hillery (X) berichte ich folgendes:

Die Regierung in Dublin hat sich folgende Prioritäten gesetzt:

- a) Auflösung der berüchtigten "B-Specials" (protestantische Sonderpolizei);
- b) Reorganisation der R.U.C. (Polizei) nach englischem Vorbild, d.h. Rekrutierung aus und Einsatz in den Heimatgemeinden der Polizisten. Hierdurch würde sich die Polizei in mehrheitlich katholischen Gegenden aus hauptsächlich katholischen Polizisten aus der Gegend zusammensetzen. In gemischten Städten wie Belfast würde die Polizei aus entsprechenden Proportionen bestehen. Man hofft, dass London in diesem, ursprünglich Lord Chalfont von Dr. Hillery vorgeschlagenen Sinn vorgehen wird;
- c) Prompte Einführung von Reformen zwecks Gleichstellung aller Bürger vor dem Gesetz.



Was das Problem der Wiedervereinigung beider
Teile Irlands anbetrifft, gibt X mir persönlich gegenüber zu,
dass hiefür die Stunde noch nicht geschlagen hat. Die
hiesige Regierungspartei, deren Existenzberechtigung auf
die Ueberwindung der Teilung Irlands aus dem Jahre 1921
zurückgeht, muss mit Rücksicht auf ihre Gefolgschaft
dieses Endziel "am Leben erhalten". Seine persönlichen
Eindrücke in New York - inner- und ausserhalb der UNOhaben ihn überzeugt, dass für das Bürgerrechtsproblem in Nordirland allgemein sehr grosse Sympathie besteht. Mit der
Wiedervereinigung will sich niemand ernsthaft befassen.
X empfiehlt dem hiesigen Kabinett, den Hauptzweck auf
den Aspekt der Bürgerrechte zu legen und von der Wiedervereinigung als Endziel schonend zu sprechen.

X bemerkt, dass die hiesige Regierung prüfe, ob man eine positive und konstruktive Formel der Zusammenarbeit mit dem oder Annäherung an den Norden finden könne, welche die Protestanten von ihrer Furcht vor Dublin befreien könnte.

Grenzgebieten liegen. Dieser Schritt, sowie das Aufgebot der 2000 Reservisten, erfolte anlässlich seiner Abwesenheit in London zu Gesprächen mit Lord Chalfont. Aus den Bemerkungen von X leite ich ab, dass die Truppenbewegung sowie das Aufgebot der Reservisten in einem Moment höchster Erregung innerhalb des Kabinetts beschlossen wurde, als dieses das Schlimmste (Mord und Totschlag grossen Stils) im Norden befürchtete. Diese Massnahmen dienten ebenfalls zur Beruhigung militanter Kreise in der Republik, denen der Befreiungskrieg gegen die Engländer noch in den Knochen steckt. Man zögert hier mit der Rückgängigkeitmachung dieser militärischen Massnahmen, weil dies als Rückzug oder Nachgeben Dublins interpretiert werden könnte.

Die hiesige Regierung hat den Eindruck, dass Wilson es diesmal ernst meint. X befürchtet offene oder verkappte Opposition durch den Stormont (Parlament in Nordirland). Auf meine Frage, wie Dublin eine Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch Westminster, d.h. Auf-lösung des Stormont beurteilen würde, lautete die Antwort von X eindeutig bejahend. Hier traut man der Unionist-Partei einfach nicht. X würde es begrüssen, wenn London eine Art Versöhnungsausschuss aus Katholiken und Protestanten vernünftiger Richtung einsetzen würde, um eine Beruhigung und Annäherung beider Kommunitäten herbeizuführen.

Ueber sein Auftreten vor dem Sicherheitsrat sagt mir X, dass er nie mit der Bewilligung von "peacekeeping forces" gerechnet habe (warum sie dann verlangen?). Es sei ihm gelungen, die UNO über die Gründe für die Unruhen in Nordirland sowie über die geschichtlichen Zusammenhänge aufzuklären, sowie Verständnis in den USA zu wecken. X bedauert den Abgang der Kennedy Sippe; augenscheinlich hat die Zurückhaltung der Nixon-Administration hier enttäuscht. X konstatierte die Unbeständigkeit der UNO -Mitglieder. So konnte er am Vortage der Sitzung des Sicherheitsrates auf 10 Delegationen rechnen; am nächsten Tag waren sie auf vier zusammengeschrumpft. Augenscheinlich hat Grossbritannien erheblichen Einfluss. Vor allem wollte niemand einen Einbruch in oder eine Umgehung von Art. 35 zulassen. X stellte ebenfalls fest, dass die einzelnen Delegationen stimmen, wie es ihren eigenen Interessen passt, wobei das gestellte Problem für ihre Stimmenabgabe nicht von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Ueber die drei Zusammenkünfte von X mit U Thant höre ich, dass letzterer prüfe und sondiere, ob und in welcher Form ein Beitrag der UNO zur Entspannung, bezw. Lösung der Probleme geeignet und erwünscht wäre. X gibt zu, dass ohne Einwilligung Grossbritanniens nichts von U Thant oder der UNO unternommen werden könne.

Meiner Ansicht nach sollte dieser Aspekt durch unsere Beobachter bei der UNO verfolgt werden, sofern Sie eine Einschaltung einer geeigneten schweizerischen Persönlichkeit im Sinne der UNO-Mission von Botschafter Thalmann in Jerusalem für wünschenswert halten. Die Möglichkeit einer UNO-Einschaltung in Nordirland kann nicht von der Hand gewisen werden, sollte die derzeitige Entspannung dort nicht anhalten. Es dürfte angezeigt sein, auf eine schweizerische Beteiligung, sofern es hiezu kommen könnte, vorbereitet zu sein.

Mein sehr offenes Gespräch mit X, bei dem ich nichts im Sinne des vorangegangenen Absatzes verlauten liess, erweckt in mir den Eindruck, dass auch bei der hiesigen Regierung eine Entspannung eingetreten ist.

Man hofft vor allem, dass die "Callaghan fact-finding mission" in Ulster konkrete Resultate im Sinne der drei Punkte Dublins in Kürze herbeiführen wird.

Im jetzigen Zeitpunkt beabsichtigt X, das Problem Nordirlands mit Akzent auf Bürgerrechte anlässlich der UNO-Vollversammlung zur Sprache zu bringen. X hofft, eine UNO-Resolution zwecks Gewährung gleicher Rechte für alle Bewohner Nordirlands zu erwirken.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Betschafter